GLOBAL 01.04.2020 | Sheri Berman

Vorteil verschenkt

Demokratische Staaten sind für Krisen besser als Autokratien gerüstet. Die USA haben diese Stärke jedoch mutwillig zerstört.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch oder Russisch.

Ein altes Sprichwort besagt, dass Krisen zwar keinen Menschen formen, sie aber dennoch den wahren Charakter einer jeden Person offenbaren. Das Gleiche gilt für politische Systeme: In Krisenzeiten werden ihre zugrundeliegenden Stärken und Schwächen schonungslos aufgedeckt. Und so wurde, als die Covid-19-Krise begann, viel über die Schwächen des chinesischen Autoritarismus diskutiert.

Der mangelhafte Informationsfluss, sowohl von den Behörden an die Bürger als auch in die andere Richtung, verhinderte in China ein frühes Verständnis von Art und Tiefe der Krise. Die lokalen Behörden in Wuhan hielten es für wichtiger, die Gunst der Parteieliten aufrechtzuerhalten als die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer eigenen Bürger zu schützen, und trugen so zur Vertuschung bei. Das Pekinger Regime ist bürokratischer Natur und legitimiert sich durch seinen Erfolg. Im Gegenzug für eine effiziente Regierung geben die Bürger ihre Freiheit auf. Diese Logik schafft Anreize, schlechte Nachrichten und Schwierigkeiten zu unterdrücken, statt offen mit ihnen umzugehen.

Im Iran führte solch ein fehlerhafter Umgang der Regierung und der Eliten dazu, dass das Land zum nächsten Epizentrum der Pandemie wurde. Dieser Umstand verstärkte die Erzählung von der Schwäche der autoritären Staaten in dieser Krise. Theoretisch sollten die Merkmale einer Demokratie bei der Bewältigung von Krisen vorteilhaft sein: eine freie Presse und Informationsflüsse; Politiker, Parteien und Regierungen, die auf die Bürger eingehen und denen die Bürger vertrauen; Beamte und Bürokraten, die auf der Grundlage von Verdiensten und nicht durch Verbindungen ernannt werden. Aber die Covid-19-Krise hat verdeutlicht, wie sehr Theorie und Praxis der Demokratie in einigen Fällen auseinanderklaffen.

In den letzten Jahren haben die demokratischen Länder sehr unterschiedliche Wege beschritten. In einigen hat sich die Demokratie als widerstandsfähig erwiesen. Diese Länder konnten die inhärenten Stärken der Demokratie auch bei der Reaktion auf die aktuelle Krise nutzen. In anderen sind die demokratischen Normen und Institutionen so weit erodiert, dass die Stärken der Demokratie nicht mehr zu erkennen sind.

Zur ersten Kategorie von Demokratien gehören beispielsweise die nordischen Länder. Experten schätzen die Demokratien dieser Länder durchweg als robust ein, während die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie und das soziale Vertrauen in die Gesellschaft nach wie vor sehr hoch sind. Die Reaktionen ihrer Regierungen und Gesellschaften auf die Krise spiegeln diese Merkmale deutlich wider.

Ziel ist es, die Wirtschaft in eine Lage zu versetzen, aus der man sie in einigen Monaten, wenn die Krise hoffentlich vorbei ist, schnell wieder hochfahren kann.

In Dänemark handelte die sozialdemokratische Minderheitsregierung rasch ein Krisenpaket mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und anderen politischen Parteien aus. Die enthaltene „innerstaatliche Abriegelung" zur Begrenzung des Virus wurde flankiert von radikalen Maßnahmen, um die Bürger und Unternehmen vor den schlimmsten Folgen des unweigerlich folgenden Abschwungs zu schützen. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem folgende Versprechen: Mindestens 75 Prozent der Gehälter von Firmenmitarbeitern, die sonst entlassen würden, werden übernommen. Darlehen, Steuerstundungen und andere Hilfen für Unternehmen wurden gewährt, damit diese die Beschäftigten auf der Gehaltsliste behalten.

Das Ziel solcher Maßnahmen ist, die Wirtschaft in eine Lage zu versetzen, aus der man sie in einigen Monaten, wenn die Krise hoffentlich vorbei ist, schnell wieder hochfahren kann. Insolvenzen sollen vermieden werden, und die Unternehmen sollen ihre Tätigkeit leichter wieder aufnehmen können, da sie keine Anstrengungen zur Wiedereinstellung von Arbeitnehmern aufwenden müssen. Als der Finanzminister den beispiellosen Umfang und die Kosten des dänischen Krisenpakets ankündigte, sagte er, dass es „keine Obergrenze" für die Maßnahmen der Regierung zum Schutz des Landes gebe. Dass es die Aufgabe der Regierung sei, die dänische Gesellschaft und Wirtschaft zu schützen, wurde überhaupt nicht infrage gestellt.

Schweden reagierte auf die Krise zunächst mit einer weniger strengen Ausgangssperre und verließ sich stattdessen auf das soziale Verantwortungsbewusstsein und die Solidarität der Bürger bei der Einhaltung der Verhaltensbeschränkungen. Ministerpräsident Stefan Löfven hielt eine beispiellose Rede an die Nation, in der er an die Schweden appellierte, „Verantwortung für sich selbst, Ihre Mitbürger und Ihr Land zu übernehmen“. Darüber hinaus sollten sie darauf vertrauen, dass die Regierungsbehörden alle notwendigen Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreifen würden, und auf die Fähigkeit ihrer „starken Gesellschaft“, die Krise zu überstehen.

Doch solche Appelle haben nur in einem Land Sinn, in dem die Bürger ein hohes Maß an Vertrauen untereinander und in die politischen Institutionen haben. Ob sich dies am Ende als der richtige Weg herausstellt oder nicht – Beobachter haben die relative Gelassenheit kommentiert, mit der schwedische Bürger und Politiker die Krise bisher bewältigt haben.

Auch was die Gesetzesebene betrifft, hat die schwedische Regierung rasch Maßnahmen angekündigt, um Bürgern und Unternehmen durch die Krise zu helfen. Wie in Dänemark arbeiteten die Oppositionsparteien mit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung dabei zusammen. In Schweden wie in Dänemark ist die Vorstellung unumstritten, dass es Aufgabe der Regierung ist, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu schützen.

Am anderen Ende des politischen Spektrums liegen die Vereinigten Staaten. Experten sind sich einig, dass die amerikanische Demokratie in den vergangenen Jahren einen erheblichen Verfall erlebt hat, während die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie sowie das Vertrauen untereinander und in die politischen Institutionen immens gesunken ist. Die Reaktionen der US-Regierung auf die Krise spiegeln auch hier diese Merkmale deutlich wider.

Experten sind sich einig, dass die amerikanische Demokratie in den vergangenen Jahren einen erheblichen Verfall erlebt hat.

Auffällig war die tiefe Divergenz zwischen Eliten und Bürgern in Bezug auf grundlegende Fakten. Anfangs stellten viele republikanische Politiker und ein Großteil der rechten Medien die Krise als einen „Schwindel“ dar und die „Hysterie“ darüber als eine linke Verschwörung zur „Destabilisierung des Landes und zur Zerstörung“ Donald Trumps. Einer der Hauptmoderatoren des Nachrichtensenders Fox News sagte den Zuschauern, die Besorgnis über das Coronavirus sei „ein weiterer Versuch,

den Präsidenten seines Amtes zu entheben“.

In diesem Zusammenhang wurden die Warnungen der wissenschaftlichen Experten vor der Krise von republikanischen und anderen rechten Eliten als unglaubwürdig und sogar als Teil eines „Komplotts des tiefen Staates“ zum Schaden des Präsidenten abgetan. Zunächst unterstützte Trump im Wesentlichen diese Ansichten und bezeichnete die Warnungen der Experten als „Schwindel“, der ihn schwächen solle.

Solche Behauptungen färbten auf die Bürger ab und wurden von ihnen übernommen. In Umfragen zeigte sich, dass Anhänger der Republikaner die Situation vollkommen anders einschätzten als Unterstützer der Demokraten; erstere sahen das Coronavirus mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit als eine ernsthafte Bedrohung an.

Diese anfänglich sehr unterschiedlichen Auffassungen hatten zur Folge, dass die Trump-Administration wie auch andere republikanische Politiker weniger unter Druck standen, schnell und solide zu reagieren. Obwohl die Republikaner im Laufe der Zeit die Situation ernster nahmen, hatte das Versäumnis der Regierung, schnell zu reagieren, ernsthafte Konsequenzen.

Eine schnelle Reaktion wurde auch durch das weit verbreitete Misstrauen gegenüber der Regierung und den politischen Institutionen im Allgemeinen – und insbesondere unter Republikanern – erschwert. Der ehemalige Präsident Ronald Reagan sagte einmal, die furchterregendsten Worte in der englischen Sprache seien: „Ich bin von der Regierung und ich bin hier, um zu helfen.“ Wie ein Kommentator bemerkte, hat „dieser Spruch immer dazu getaugt, einen Lacher von den Republikanern zu bekommen. Wenn die Regierung einfach aus dem Weg ginge, wären wir alle freier und alles würde besser funktionieren“. Das von Reagan geäußerte Misstrauen gegenüber der Regierung wurde von seinen Nachfolgern mit wachsendem Eifer aufgegriffen. Aber gerade in einer Krise erscheint eine solche Sichtweise schlicht und einfach lächerlich. Es ist nicht einfach, während einer Pandemie libertär zu sein.

Schon vor der Krise schwächte die Trump-Regierung die föderale Bürokratie aus Misstrauen gegen die angeblich übermächtige Verwaltung. Seit der Wahl von Trump im Jahr 2016 wurden die Budgets vieler Regierungsbehörden gekürzt und viele Stellen blieben unbesetzt. Dort, wo sie besetzt wurden, hat Loyalität zunehmend Expertise als Schlüsselkriterium ersetzt.

Es fehlt die Bereitschaft

Aber das Problem ist nicht nur, dass die

von Trump und anderen Republikanern, die Notwendigkeit staatlichen Handelns grundsätzlich anzuerkennen.

Kapazitäten der Regierung, auf Herausforderungen zu reagieren, verkümmert sind. Es fehlt auch die Bereitschaft von Trump und anderen Republikanern, die Notwendigkeit staatlichen Handelns grundsätzlich anzuerkennen. Sie haben das Misstrauen gegen die angeblich übermächtige Regierung – und ganz allgemein die Idee, dass es die Aufgabe der Regierung sei, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu schützen – benutzt, um Maßnahmen abzulehnen, die Konservative in vielen anderen Ländern als notwendig akzeptiert haben.

Erst am vergangenen Freitag beschloss Trump, seine präsidialen Befugnisse zu nutzen, um gemäß dem *Defense Production Act* private Unternehmen zur Herstellung von Produkten zu zwingen, die notwendig sind, um Leben zu retten. Unternehmen und konservative Interessen hatten sich gegen einen solchen Schritt gesträubt und der Vermeidung direkter staatlicher Interventionen Vorrang vor den Bedürfnissen der amerikanischen Bürger eingeräumt.

Das Ergebnis sind Beschäftigte im Gesundheitswesen, denen es an Atemmasken und weiterer grundlegender Schutzausrüstung fehlt. Auch herrscht ein gravierender Mangel an Tests, Beatmungsgeräten und anderem medizinischen Einsatzgerät, das zur Bewältigung der sich ausbreitenden Katastrophe notwendig ist. Aus New York gab es Berichte von Krankenschwestern, die gezwungen waren, im Krankenhaus als Schutz vor dem Covid-19-Virus Müllbeutel zu tragen.

Kurz gesagt, die USA verdeutlichen, dass viele der Merkmale der Demokratie, die sie besser für die Bewältigung von Krisen rüsten sollten, enorm verkümmert sind. Ohne sie kommt das wohlhabendste, technologisch fortschrittlichste Land der Welt ins Strudeln. Und wenn es um die Bewältigung großer Herausforderungen geht – geschweige denn Krisen –, können weder eine lebendige Zivilgesellschaft noch ein dynamischer Privatsektor eine gut funktionierende, reaktionsfähige Regierung ersetzen.

Aus dem Englischen von Marius Mühlhausen



Sheri Berman
New York City

Sheri Berman ist Professorin für Politikwissenschaft am *Barnard College* der *Columbia University* in New York City. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen europäische Geschichte und Politik, die Entwicklung der Demokratie, Populismus, Faschismus und die Geschichte der Linken.